

RS Vwgh 2001/12/20 98/08/0405

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 20.12.2001

Index

001 Verwaltungsrecht allgemein
23/01 Konkursordnung
40/01 Verwaltungsverfahren
62 Arbeitsmarktverwaltung
66/01 Allgemeines Sozialversicherungsgesetz
66/02 Andere Sozialversicherungsgesetze

Norm

AIVG 1977 §1 Abs1 lit a;
ASVG §4 Abs1 Z1;
ASVG §4 Abs2;
AVG §56;
AVG §63 Abs1;
AVG §9;
KO §1 Abs1;
KO §3 Abs1;
KO §6 Abs1;
VwRallg;

Rechtssatz

Durch die Konkurseröffnung wurde dem Dienstgeber jegliche Verfügungsbefugnis hinsichtlich des konkursverfangenen Vermögens entzogen. Adressat des in der Folge ergangenen Bescheides der belangten Behörde ist aber ausschließlich der Dienstgeber. Nur ihm gegenüber wird die Versicherungspflicht festgestellt und nur er ist in der Zustellverfügung als Empfänger genannt. Da dem Dienstgeber durch die Konkurseröffnung die Verfügungsfähigkeit über die die Masse betreffenden Angelegenheiten entzogen worden war, ist der Bescheid ihm gegenüber nicht rechtswirksam erlassen worden (Hinweis B 21. Mai 1990, 89/15/0058). Es hätte vielmehr ausschließlich der Masseverwalter als Partei des Berufungsverfahrens behandelt werden müssen, sodass der Bescheid der belangten Behörde an den Masseverwalter zu richten gewesen wäre.

Schlagworte

Masseverwalter
Maßgebender Bescheid
Inhaltliche und zeitliche Erstreckung des Abspruches und der
Rechtskraft
Rechtsfähigkeit
Parteifähigkeit
Voraussetzungen des Berufungsrechtes
Berufungslegitimation
Person des
Berufungswerbers
Handlungsfähigkeit
Prozeßfähigkeit
Individuelle Normen und Parteienrechte
Rechtswirkungen von
Bescheiden
Rechtskraft
VwRallg9/3

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:2001:1998080405.X03

Im RIS seit

07.05.2002

Zuletzt aktualisiert am

14.11.2013

Quelle: Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at